

## ARGUMENTE ZUM WÄHRUNGSUNION- FINANZSTABILITÄTSGESETZ

07.05.2010

### Warum erhält Griechenland Hilfe?

Griechenland ist in einer Zahlungskrise gefangen. Griechenland hat jahrelang über seine Verhältnisse gelebt, Schulden aufgehäuft, Reformen verweigert und zur Verschleierung falsche Daten angegeben. Am 23.04.2010 hat die Regierung Griechenlands um Hilfe gebeten, da sich das Land zu vertretbaren Bedingungen kein Geld mehr leihen konnte, um seine Probleme selbst lösen zu können – das macht die Differenz zwischen den Zinssätzen deutlich, die Griechenland und Deutschland bieten müssen, um Anleger für Staatsanleihen zu gewinnen. (Rendite für zehnjährige Staatsanleihen Anfang Mai 2010: Griechenland rund 10% / Deutschland rund 3%)

Die Zahlungskrise Griechenlands ist ein Problem auch für Europa und Deutschland. Zur Stabilität unserer gemeinsamen Währung muss auch Griechenland seinen Beitrag leisten und leisten können. Eine andauernde Zahlungskrise Griechenlands würde die Stabilität des Euro bedrohen, den Zusammenhalt der Währungsunion zerrütten, Ängste wecken und so Spekulanten die Gelegenheit eröffnen, den Druck auf andere Länder der Währungsunion zu verstärken.

Griechenland braucht als Hilfe keine Geschenke – und erhält nichts geschenkt. Griechenland erhält Kredite. Die für diese Kredite benötigten Beträge kann sich Deutschland zu geringeren Zinssätzen leihen, als Griechenland für diese Kredite zahlen wird. Die Kreditvergabe erfolgt koordiniert mit dem IWF – und IWF-Kredite werden nach bisheriger Erfahrung mit fast hundertprozentiger Sicherheit zurückgezahlt.

Griechenland braucht als Hilfe Zeit, um lange vernachlässigte Reformen endlich durchzuführen, die seine Zahlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit wiederherstellen. Mit solchen Reformen werden Zusammenhalt und Stabilität der Währungsunion gefestigt.

Eine Erschütterung der europäischen Währungsunion könnte einen Domino-Effekt auslösen und die Krise auf andere Länder übergreifen lassen. Das würde die Grundlagen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zerrütten.

Die Stabilität unseres Geldes wäre gefährdet – und damit die Ersparnisse der Sparer, die Renten der älteren Generation, die Kaufkraft aller Bürgerinnen und Bürger.

Eine politische Desintegration, eine Schwächung des Zusammenhalts Europas träge seine größte Volkswirtschaft, Deutschland, am härtesten – rund zwei Drittel der deutschen Exporte fließen in die europäischen Partnerländer.

Wir müssen Schaden vom Euro abwenden. Die Europäische Zentralbank hat in den Jahren seit Bestehen des Euro die Inflationsrate niedrig gehalten, niedriger als das früher der Deutschen Bundesbank für die DM gelungen war. Der Euro muss weiter auf Stabilitätskurs bleiben. Das ist nicht unser zentrales nationales, das ist auch das zentrale europäische Interesse in dieser Frage.

Fazit: Die Zahlungskrise Griechenlands stellt Europa und Deutschland vor eine ernste Lage, in der es nur schlechte und noch schlechtere Alternativen gibt. Für Deutschland ist die Überbrückung der griechischen Zahlungskrise aber die mit den geringsten Risiken verbundene Lösung. Klar ist: Wir geben keine Geschenke an Griechenland – wir sichern die Stabilität des Euro.

## Warum muss Deutschland sich mit so viel Geld beteiligen?

Aus deutschen Haushalts- und Steuermitteln wird jetzt gar nichts bezahlt. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau gibt Kredite, die vom Bund verbürgt werden. Für die Kreditanstalt für Wiederaufbau bringen die Zinsen, die Griechenland zahlt, einen Ertrag. Der mit dem „Währungsunion-Finanzstabilitäts-Gesetz“ angestrebte Erfolg ist, dass letztlich gar kein Steuergeld benötigt wird, weil die Kredite zurückgezahlt werden. Das ist nicht unmöglich – auch von den Bürgschaften des Bankenrettungsfonds musste bisher keine eingelöst werden, der „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ hat vielmehr rund 1 Mrd € Gebühren für die Bürgschaften erlöst.

Deutschland trägt zu den koordinierten Krediten für Griechenland entsprechend seinem Anteil an der Wirtschaftskraft des Euro-Raums und am Kapital der EZB 28% bei. Der Bund wird für insgesamt 22,4 Mrd € Kredite der KfW eine Bürgschaft leisten, davon für 8,4 Mrd € im laufenden Jahr.

Die griechische Schuldenkrise ist ein Problem auch für Griechenlands Partner. Für 8,3 Mrd € haben deutsche Firmen 2008 Waren und Dienstleistungen nach Griechenland exportiert – bei einem Exportüberschuss von 75%. Rund 180 deutsche Firmen sind in Griechenland tätig.

Deutsche Banken, Versicherungen, Renten- und Pensionsfonds halten griechische Staatsanleihen – insgesamt rund 46 Mrd €. Gerade sicherheitsorientierte Anleger haben auf Staatspapiere gesetzt. Größter Einzelgläubiger in Deutschland ist die notverstaatlichte HRE, der für knapp 8 Mrd € griechische Staatsanleihen gehören.

„Staatsbankrotte“ und Umschuldungen anderer Staaten haben zu massiven Forderungsabschlägen geführt – für alle Gläubiger, nicht nur für Spekulanten: Russland (2000) 69,2% / Argentinien (2005) 67% / Ecuador (2000) 6% / Ukraine (2000) 40,1% / Pakistan (1999) 30,4%

Wir stehen noch immer mitten in den Folgen der schlimmsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands hätte unabsehbare Folgen. Dies gilt vor allem für die europäischen Finanzmärkte, die bis heute die Folgen der globalen Finanzmarktkrise nicht vollständig bewältigt haben. Ausfälle an Zins- und Tilgungsleistungen würden einen erheblichen Wertberichtigungsbedarf auslösen. Eine Schwächung der Kreditversorgung der Wirtschaft würde den gerade gestarteten Aufschwung gefährden.

Ein Staatsbankrott Griechenlands hätte – wie am 15.09.2008 der Zusammenbruch der US-Großbank Lehman Brothers – unabsehbare Folgen für die Weltwirtschaft. Die gerade abklingende Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise würde neu aufflammen. Das träge vor allem exportstarke Länder wie Deutschland. Den Brücken über die Krise, die wir für Betriebe und Arbeitsplätze, Unternehmer und Arbeitnehmer gebaut haben,

brüche jäh das rettende Ufer weg. Auch Deutschland muss die Ressourcen erst wieder aufbauen, eine solche Krise nochmals erfolgreich bekämpfen zu können.

Fazit: Das „Währungsunion-Finanzstabilitäts-Gesetz“ ist im deutschen wie im europäischen Interesse. Es schützt Arbeitnehmer und Sparer, Renten- und Pensionsbezieher, Mittelstand und Exportwirtschaft vor den Folgen eines griechischen Staatsbankrotts.

## Was trägt Griechenland selbst zur Lösung der Krise bei?

Griechenland hat lange über seine Verhältnisse gelebt und sich durch falsche Angaben zu den Stabilitätskriterien den Euro-Beitritt erschlichen. Das Land sah sich gezwungen, auch in den Jahren danach ursprüngliche Angaben zum griechischen Staatsdefizit zu korrigieren. Das Land befindet sich aktuell in einer existenziellen Finanzkrise. Die Defizitquote liegt bei knapp 14%, die Schuldenstandquote bei 125% (zum Vergleich Deutschland: Defizit 5%, Schuldenstandquote 77%).

Der IWF, die EZB und die Regierungen der anderen Euro-Länder haben sich mit der Regierung Griechenlands auf ein Sanierungs- und Kreditprogramm geeinigt. Es sieht bis 2012 – entsprechend dem vom IWF geschätzten Finanzierungsbedarf Griechenlands – ein Kreditvolumen von 110 Mrd € vor. Hiervon werden die Euro-Staaten 80 Mrd € und der IWF 30 Mrd € tragen. Die Hilfen werden auf drei Jahre verteilt.

Griechenlands Probleme müssen die Griechen lösen. Sanierungsprogramm und Kreditpaket müssen das Vertrauen wecken, dass Griechenland durch Kredite zwar Zeit für Reformen bekommt – die Reformen aber die Zahlungsfähigkeit wiederherstellen und die Kredite zurückgezahlt werden.

Regierung und Parlament Griechenlands haben in ein Sanierungsprogramm eingewilligt, das hart und einschneidend ist - vergleichbar eigentlich nur mit den Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der kommunistischen Diktaturen in den Staaten des früheren Ostblocks. Die Anstrengung, die den Menschen in Griechenland, ihren politischen Institutionen, den gesellschaftlichen Gruppen und der Wirtschaft bevorsteht, ist gewaltig. Sie verdient Respekt.

Die griechische Regierung wird ihr Konsolidierungsprogramm erheblich intensivieren, um die Defizitquote von aktuell 13,6% in diesem Jahr auf 9,6% und bis 2014 unter die Defizitgrenze des Europäischen Stabilitätspakts von 3% zu reduzieren. Ziel ist nicht nur, die Haushaltsprobleme Griechenlands zu lösen, Ziel ist vor allem auch, die strukturellen Probleme Griechenlands zu mindern und seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Das griechische Parlament hat dem Sanierungsprogramm am 06.05.2010 trotz schwerer öffentlicher Proteste zugestimmt. Kernpunkte sind:

- ◆ Gehälter im öffentlichen Dienst werden um 8% gekürzt.
- ◆ Für Gehälter im öffentlichen Dienst über 3.000 € werden alle Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und die bisherige griechische Besonderheit Ostergeld) gestrichen, für geringere Bezüge auf 1.000 € jährlich begrenzt.
- ◆ Für Pensionen und Renten über 2.500 € werden alle Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und die bisherige griechische Besonderheit Ostergeld) gestrichen, für geringere Bezüge auf 800 € jährlich begrenzt.
- ◆ Das Renteneintrittsalter – 65 Jahre bei Männern, 60 Jahre bei Frauen – wird angehoben, Frühpensionierung ist nicht mehr vor dem 60. Geburtstag möglich.
- ◆ Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst, Korrekturen des Kündigungsschutzes in der Privatwirtschaft.

- ◆ Der erst kürzlich von 19% auf 21% gestiegene Regelsatz der Mehrwertsteuer wird auf 23% angehoben. Die Steuern auf Tabak, Alkohol und Mineralölsteuer steigen um 10%. Immobilienbesitz und Luxusgüter werden höher besteuert.
- ◆ Für hohe Einkommen wird eine Sondersteuer eingeführt, für hohe Renten eine Sonderabgabe.
- ◆ Besteuerung von „Schwarzbauten“.
- ◆ Reduzierung der öffentlichen Investitionsprogramme.

Eine engmaschige Kontrollierbarkeit der Umsetzung der Vereinbarungen ist sichergestellt. Nach jedem Quartal der Laufzeit des Programms kann überprüft werden, ob die zugesagten Sanierungsschritte von Griechenland auch eingehalten werden.

Zwar hat keine der europäischen Institutionen Kenntnisse und Erfahrungen, wie ein erfolgreiches Sanierungsprogramm entwickelt und kontrolliert werden muss. Diese Expertise aber bringt der Internationale Währungsfonds ein. Die CSU-Landesgruppe hat die Beteiligung des IWF gefordert und durchgesetzt.

Der IWF prüft vierteljährlich die Erfüllung der vereinbarten Konditionen. Wenn Griechenland die Vorgaben des Anpassungsprogramms nicht erfüllt, werden dem Land – wie bei jedem IWF-Programm – keine weiteren Kredite von IWF und Eurogruppe zur Verfügung gestellt. Das ist in der Begründung zum „Währungsunion-Finanzstabilitäts-Gesetz“ auch ausdrücklich klargestellt.

Fazit: Was in anderen Ländern in den vergangenen Jahren schrittweise geleistet wurde, muss Griechenland nun dicht gedrängt in kurzer Zeit nachholen.

## Wie werden die Finanzinstitute beteiligt?

Für uns war immer klar: auch der Finanzsektor muss seinen Beitrag zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit Griechenlands leisten. Alle Finanzminister der Länder der Eurogruppe haben mit dem Finanzsektor in ihrem Land über einen Beitrag zur Unterstützung des Hilfsprogramms für Griechenland gesprochen.

Die beste aktuelle Bankenbeteiligung ist die Zeichnung griechischer Staatspapiere. Namhafte deutsche Finanzinstitute haben sich bereit erklärt, auf freiwilliger Grundlage einen eigenständigen Beitrag zur Überwindung der Krise in Griechenland zu leisten.

Auf Dauer wird die Bankenabgabe für die nötige Beteiligung der Banken an der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung sorgen. Deutschland hat diese Lösung aufgegriffen, um ein abgestimmtes internationales Handeln zu ermöglichen. Die Erhebung einer entsprechend den Risiken gestaffelten Bankenabgabe zur Errichtung eines Stabilitätsfonds zur Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen soll dafür sorgen, dass der Finanzsektor bei künftigen Krisen selbst gewappnet ist und reagieren kann.

Eine Finanztransaktionssteuer haben wir offen geprüft. Sie ist international schon zur Zeit der Großen Koalition gescheitert – nicht an deutschem Unwillen, sondern am Widerstand des britischen Labour-Premiers Gordon Brown. Die fachlichen Bedenken des IWF, wonach eine Finanztransaktionssteuer nicht zielgenau und eine Belastung der Kunden ist, wiegen schwer. Der IWF schlägt vor, eine risikobezogene Bankenabgabe mit einer „Finanzaktivitäten-Steuer“ zu koppeln, die an der Summe der Einnahmen von Finanzinstituten anknüpfen sollte. Die Bundesregierung wird sich in Europa und weltweit im Kreis der G 20 für eine abgestimmte Verwirklichung des IWF-Konzepts zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise einsetzen.

Fazit: Eine Bankenabgabe muss – möglichst weltweit – eine angemessene Beteiligung der Finanzinstitute an Krisenvorsorge und Krisenbewältigung sicher stellen.

## Ebnet die „Griechenland-Hilfe“ den Weg zu immer wieder neuen solcher Hilfsprogramme?

Das Kreditprogramm für Griechenland darf nicht in einen dauerhaften allgemein verfügbaren Mechanismus münden und so zum Einstieg in die Umgestaltung Europas in eine Transferunion werden. Hierfür bieten auch die EU-Verträge keine rechtliche Grundlage. Der Ausschluss der Haftung für Verbindlichkeiten anderer Mitgliedsländer war eine Voraussetzung für die Zustimmung zur Währungsunion.

Die „No-Bailout“-Klausel des EU-Vertrags wird eingehalten. Nach Art. 125 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union besteht eindeutig keine Beistandspflicht der Union oder der Partnerländer bei Überschuldung eines Mitgliedstaates. Freiwillige und an Konditionen gebundene, rückzahlbare und verzinsliche Kredite sind zulässig, da mit ihnen kein Eintritt in die Schuldverhältnisse des griechischen Staates verbunden ist. Nach Auffassung der Bundesjustizministerin können gegen das „Währungsunion-Finanzstabilitäts-Gesetz“ keine zulässigen und begründeten Klagen erhoben werden.

Das Kreditprogramm für Griechenland muss ein einmaliger und außerordentlicher Ausnahmefall bleiben, auf den sich andere Mitglieder der Euro-Zone nicht berufen können. Die nationale Verantwortung für die Haushaltspolitik bleibt bestehen.

Die doppelte Wucht der vereinbarten Maßnahmen macht es unwahrscheinlicher, dass es auch nur zu einem zweiten vergleichbaren Fall kommt: Griechenland wird für ausreichend lange Zeit vom Druck der Märkte befreit, um Reformen durchzuführen – und Griechenland erfüllt strenge Auflagen, die andere Länder sicher vermeiden wollen.

Ein genauer Blick auf die wichtigsten Daten aus den Ländern, die immer wieder gemeinsam mit Griechenland genannt wurden, zeigt: die Lage dort ist objektiv anders, die besorgniserregende Verbindung von übermäßigem Defizit und übermäßigem Schuldenstand tritt kein zweites Mal auf (Quelle: Bundesministerium der Finanzen):

Land	Voraussichtlicher Schuldenstand 2010 (in Prozent BIP)	Voraussichtliche Neuverschuldung 2010 (in Prozent BIP)
Griechenland	124,9 %	13,6 %
Spanien	66,3 %	10,1 %
Irland	82,9 %	14,7 %
Italien	116,7 %	5,3 %
Portugal	84,6 %	8,0 %
Zum Vergleich:		
Deutschland	76,7 %	5,0 %
Frankreich	82,5 %	8,2 %
Niederlande	65,6 %	6,1 %

Fazit: Europa wird keine „Transferunion“.

## Hat die Bundesregierung die Probleme durch Zögern verschlimmert?

Nein – im Gegenteil: Die Bundesregierung hat konsequent so lange verhandelt, bis eine tragfähige und verantwortbare Lösung erreicht war. Es war richtig und wichtig, die Hilfe für Griechenland nur als „ultima ratio“ zuzulassen. Der spanische Außenminister und amtierende Ratsvorsitzende Miguel Angel Moratinos – ein Sozialdemokrat – betont, das „Zögern der Bundesregierung“ sei „sehr hilfreich gewesen“, um „die Regierung in Athen wirklich zum Sparen zu zwingen“ (SZ, 30.04.)

Wenn es Fehler und Versäumnisse Deutschlands gab, dann hat diese die frühere rot-grüne Bundesregierung zu verantworten:

- ◆ Kanzler Schröder, Außenminister Fischer und Finanzminister Eichel haben sich von der griechischen Regierung 2001 blenden lassen und der Aufnahme in die Euro-Zone auf der Grundlage falscher Zahlen zugestimmt.
- ◆ Kanzler Schröder, Außenminister Fischer und Finanzminister Eichel haben 2004, um die Probleme mit der rot-grünen Schuldenpolitik zu kaschieren, eine Aufweichung des Stabilitätspakts durchgesetzt. Wir haben damals vergeblich gewarnt: Die rot-grüne Bundesregierung verführte mit ihrem Anschlag auf den Stabilitätspakt andere Länder dazu, Haushaltsdisziplin nicht ernst zu nehmen.

In der Haushaltsdebatte Mitte März haben sich Gregor Gysi und die Linke noch vollmundig hinter die griechischen Demonstranten gestellt – mit solcher linker Politik wäre Griechenland auf Dauer das Fass ohne Boden, vor dem sich viele fürchten.

Die Strategie, über die Bedingungen für eine Krisenintervention mitten in einer aktuellen Krise zu verhandeln, war risikoreich und forderte Mut. Die Strategie war aus deutscher Sicht aber auch die bestmögliche – denn unsere Verhandlungsmacht konnte in keiner anderen Konstellation größer sein.

Fazit: Die Bundesregierung hat die Krise nicht verschlimmert, wie die Opposition wider besseres Wissen behauptet. Die Bundesregierung hat einer verantwortbaren Lösung den Weg bereitet.

## Was geschieht, um Vorsorge zu treffen gegen eine Wiederholung einer solchen Krise?

Die Mitglieder der Euro-Zone müssen nun schnell die Lehren aus der Krise ziehen. Die Lockerung des Stabilitätspakts unter Rot-Grün in 2004 war ein politisch fatales Signal, das von einigen Euro-Staaten zur Rückkehr in den haushaltspolitischen Schlendrian aus der Zeit vor Einführung des Euro genutzt wurde.

Der Stabilitätspakt muss wieder geschärft werden. Im Stabilitätspakt müssen die notwendigen Befugnisse für wirksame Prävention geschaffen werden. Die zuständigen europäischen Institutionen müssen wirksame Maßnahmen für eine effektive Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten ergreifen können.

- ◆ Das europäische Statistikamt Eurostat braucht Zugriffs-, Durchgriffs- und Kontrollrechte gegenüber den nationalen Statistikämtern.
- ◆ Der Europäische Rechnungshof ist durch erweiterte Prüfungsrechte zu stärken.
- ◆ Ein effektiver Frühwarnmechanismus muss bei drohender Überschuldung von Staaten eine Warnung auslösen. Defizitsünder sollten vor der Verabschiedung ihrer Haushalte der Eurogruppe berichten müssen und diese sollte dazu öffentlich Stellung beziehen können.
- ◆ Für Euro-Mitgliedstaaten, die wiederholt übermäßige Haushaltsdefizite aufweisen, muss ein beschleunigtes Defizitverfahren dafür sorgen, dass Sanktionen früher greifen können – denn Sanktionen müssen früher greifen, nicht erst, wenn ein Staat schon am Rand der Zahlungsunfähigkeit steht.

Der Europäische Stabilitätspakt muss durch nach verbindlich beschriebenen Kriterien eintretende und damit von politischen Rücksichtnahmen unabhängige Sanktionen zur Ahndung von Verstößen gestärkt werden. Bei schweren Verstößen, wenn übermäßige Haushaltsdefizite eines Mitgliedstaats die Eurozone als Ganzes gefährden, müssen den betroffenen Ländern einschneidende Konsequenzen drohen, etwa Sperrung von Mitteln aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds für EU-Mitgliedstaaten oder der Wegfall der Stimmrechte in den europäischen Institutionen.

Bei künftigen Beitritten zur Währungsunion soll ein längeres Monitoringverfahren durchgeführt werden, in dem der Kandidat beweist, dass er in der Lage ist, eine

dauerhaft stabilitätsorientierte Finanzpolitik zu führen und dabei auch auf seine Wettbewerbsfähigkeit achtet. Vorgeschlagen haben wir ein Monitoringverfahren von fünf Jahren.

Die begonnene Verbesserung des Anleger- und Verbraucherschutzes in Europa muss zügig abgeschlossen werden. Auch der sogenannte „graue Kapitalmarkt“ muss reguliert und beaufsichtigt werden. Künftig darf kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben.

In Europa müssen Instrumente für eine geordnete Staatsinsolvenz überschuldeter Staaten entwickelt werden. Das Restrukturierungs- und Insolvenzsystem wird eine systemische Risiken vermeidende Heranziehung der Gläubiger entsprechend der von ihnen eingegangenen Risiken sicherstellen

Hoch spekulative Finanzprodukte mit großer Hebelwirkung und ohne Eigenkapitalunterlegung müssen verboten werden. Ungedeckte Leerverkäufe werden wir noch heuer mit dem Gesetz zur Stärkung des Anlegerschutzes und zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Kapitalmärkte verbieten, bei gedeckten Leerverkaufspositionen wird für mehr Transparenz gesorgt.

Der Handel von Kreditausfallversicherungen (CDS) muss einer strengen Regulierung unterzogen werden, um Spekulationen gegen einzelne Währungen und damit auch gegen die gesamte Währungsunion zu verhindern. Der Kauf von Kreditausfallversicherungen, die nicht zur Absicherung eigener oder mandatierter Risiken dienen, muss verboten werden. Europäische Clearingstellen und Handelsplattformen sollen geschaffen und wirksam reguliert werden.

Für Verbriefungen müssen verbindliche Standards geschaffen und ein signifikanter Selbstbehalt eingeführt werden.

Der Aufbau einer europäischen Rating-Agentur muss unverzüglich in Angriff genommen werden. Europäisch wie international muss eine Aufsicht über Rating-Agenturen geschaffen werden, die Standards für die Risikobewertung und die Vergabe von Bonitäts-Urteilen setzt und ihre Einhaltung überwacht. Das Gesetz zur Umsetzung der EU-Rating-Richtlinie, das der Bundestag am 06.05.2010 beschlossen hat, gewährleistet, dass Rating-Agenturen nicht gleichzeitig Finanzprodukte entwickeln und bewerten dürfen.

Fazit: Der Stabilitätspakt muss wieder geschärft und die Finanzmärkte strenger reguliert werden.

## Wäre es besser, wenn es den Euro nicht gäbe?

Nein – im Gegenteil. Als es die einzelnen europäischen Währungen noch gab, musste die Deutsche Bundesbank immer wieder hohe Milliardenbeträge ausgeben, um Währungsschwankungen zu dämpfen und so Schaden von der deutschen Wirtschaft abzuwenden.

Der Euro sichert der deutschen Exportwirtschaft einen großen Binnenmarkt mit 500 Millionen Konsumenten, ohne dass Währungsschwankungen ihre Wettbewerbsfähigkeit aushebeln. Das sichert Arbeitsplätze – 5,5 Millionen nach Berechnungen des Deutschen Industrie- und Handelstages. Das dauerhafte Wegbrechen von Exportmärkten mit schwachen Währungen hätte sonst viele Betriebe in die Insolvenz getrieben und zahllose Arbeitsplätze zerstört.

Nach den Terroranschlägen am 11.09.2001 in New York und Washington und nach dem Zusammenbruch der US-Großbank Lehman Brothers hätten starke Währungsschwankungen die wirtschaftlichen Probleme weltweit verschärft. Der Euro hat sich in diesen Krisen als Anker der Stabilität für Europa und die Welt bewährt.

Fazit: Der Euro hat sich bewährt und muss stabil erhalten werden.